

Grüttner, Michael; Hachtmann, Rüdiger; Jarausch, Konrad H.; John, Jürgen; Middell, Matthias (Hrsg.): *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2010. ISBN: 978-3-525-35899-3; 384 S.

Rezensiert von: Mario Keßler, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Wissenschaft ist zwar nicht, wie bisweilen zu hören, die Magd der Politik, doch ziehen politische Systembrüche solche im Wissenschaftsbetrieb nach sich: Stürzt ein Staat ein, gerät dieser Betrieb nicht nur ins Stocken, sondern muss manchmal ebenfalls Konkurs anmelden – manchmal, aber nicht immer. Doch so, wie auf den Zusammenbruch einer politischen Ordnung unvermeidlich eine neue Ordnung folgt, folgt einem Organisationsgefüge von Wissenschaft ein anderes. Manchmal schneidet das neue System alte Zöpfe ab und proklamiert ein neues Selbstverständnis wissenschaftlichen Tuns, manchmal aber auch gießt es neuen Wein in alte Schläuche und gibt dies als revolutionäre Neuerung aus. Manchmal etikettiert es als eine Reform, was bloßen Rückschritt bedeutet.

„Universität und Politik“ geht auf eine Anfang 2008 in Jena abgehaltene Tagung zurück, doch steht der Band auch im Zeichen damaliger ostdeutscher Universitätsjubiläen: In diesem Jahr feierte die Friedrich-Schiller-Universität Jena den 450. Jahrestag ihrer Gründung, ein Jahr darauf folgte die – nicht mehr nach Karl Marx benannte – Universität Leipzig, die ihr 600. Gründungsjubiläum beging, und 2010 stand der 300. Jahrestag der Errichtung der Berliner Friedrich-Wilhelms- und jetzt Humboldt-Universität an. Die 17 Beiträger des Bandes, darunter drei Frauen, kommen aus West- und Ostdeutschland, den USA und Österreich.

In ihrer Einleitung fassen die fünf Herausgeber „Wissenschaftsgeschichte als Gesellschafts- und Kulturgeschichte, um daraus einen selbstreflexiven Referenzrahmen auch für institutionelle Jubiläumsgeschichten zu erarbeiten. Dabei geht es ebenso um die Thematisierung politischer Anforderungen und vorwissenschaftlicher Wertvorstellungen wie um innerwissenschaftliche Strukturen

und Verhaltensweisen.“ (S. 11f.) Diese Prämissen und die Wahl der Sprache zeigen: Hier wird keine ideologische Kampfschrift vorgelegt, die in eifernder Diktion den Sturz sozialistisch-totalitärer Verhältnisse feiert, denen eine lichte Zukunft pluralen Schaffens folgt, sondern nüchtern nach Soll und Haben, nach Gewinn und Verlust universitärer Umbrüche gefragt. Die Beiträge des Bandes folgen nur teilweise den politischen Zäsuren von 1918, 1933, 1945 und 1989, sucht das Buch doch im Längsschnitt sowohl nach Kontinuitäten wie auch nach Diskontinuitäten wissenschaftlichen Selbstverständnisses und wissenschaftlicher Organisation. Das Buch ist in vier Abschnitte gegliedert, an deren Beginn jeweils kürzere Einführungstexte von Jürgen John, Michael Grüttner und Rüdiger Hachtmann, Matthias Middell und Konrad H. Jarausch stehen.

Im ersten Abschnitt „Von der Weltgeltung zur Not deutscher Wissenschaft?“ fragt Sylvia Paletschek nach Modernisierungsleistungen und -defiziten der Universitäten im Kaiserreich und Gabriele Metzler nach dem Platz Deutschlands in den internationalen Wissenschaftsbeziehungen. Sören Flachowsky untersucht die Kooperation von Wissenschaft, Industrie und Militär vor 1914 und Jürgen John äußert sich zum akademischen Krisendiskurs in der Weimarer Republik.

Der zweite Teil behandelt „Autonomieverlust und Selbstmobilisierung“ zwischen 1933 und 1945. Rüdiger Hachtmann untersucht Profilbildung und Ressourcenverschiebung der Wissenschaftslandschaft zwischen 1930 und 1949, Michael Grüttner zeichnet ein Kollektivporträt von NS-Wissenschaftlern. Patrick Wagner wendet sich der Forschungsförderung zwischen Weimarer Republik und dem Hitlerregime zu, Carola Sachse und Mark Walker behandeln das gleiche Thema anhand einer Fallstudie, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, wobei sie den Bogen bis 1945 spannen.

„Tradition und Modernisierungsversuche im deutsch-deutschen Vergleich (1945-1990)“ ist der dritte Teil des Buches überschrieben. Mitchell Ash (zum Neuanfang 1945), Tobias Kaiser (über Planbarkeit in der Wissenschaft), Ralph Jessen (über Finanzierungsprobleme bei steigenden Studentenzahlen in Ost

und West) und Matthias Middell (Verhältnis von universitärer und außeruniversitärer Forschung) betonen durchgängig und konsequent die vergleichenden Aspekte, wobei der Widerspruch in der DDR zwischen einem zunächst noch übernommenen „bürgerlichen“ Wissenschaftssystem und den Anforderungen, die sich aus der Formierung einer Gesellschaft sowjetischen Typs ergaben, breiten Raum einnimmt.

„Provinzialität oder Rückkehr zur Exzellenz?“ ist das Motto, unter dem die deutsche Hochschullandschaft seit 1990 beleuchtet wird. Konrad H. Jarausch fragt nach „Säuberung oder Erneuerung?“ am Beispiel der Humboldt-Universität und Peer Pasternack danach, ob der Umbruch 1990 eine „Erneuerung durch Anschluss?“ war. Detlef Müller-Böling und Peter Strohschneider behandeln aktuelle Probleme einer durch Globalisierung wie Vermarktungszwang geprägten Hochschullandschaft im heutigen Kapitalismus.

Es ist unmöglich, den trotz übergreifender Fragen sehr unterschiedlichen Aufsätzen insgesamt gerecht zu werden. Wenn hier aus jedem Teilabschnitt je ein Beitrag – und zwar von John, Sachse und Walker, Ash und Jarausch – kurz vorgestellt wird, soll dies nicht als Abwertung der übrigen Wortmeldungen verstanden werden.

Johns Beitrag zum akademischen Krisen Diskurs in der Weimarer Republik fasst das Schlagwort „Not deutscher Wissenschaft?“ in Frageform. Er zeigt, dass die Verstärkung oder Abschwächung der Debatten um Krisen und Nöte deutscher Wissenschaft mit den Konjunkturen und Krisen der Weimarer Republik zusammenfiel, solche Debatten, die am Beginn und Ende der Republik die Schlagzeilen beherrschten, in der relativ stabilen Mittelphase aber kaum stattfanden. Er argumentiert, diese Auseinandersetzungen dürften nicht den Blick dafür verstellen, dass das Wissenschaftssystem quantitativ zugelegt und qualitativ viele neue Forschungsdisziplinen konstituiert habe. Auch habe der internationale Wissenschaftler- und Studentenaustausch neue Dimensionen erreicht. „Vor dem Hintergrund technologischer Innovationen, wirtschaftlicher Rationalisierung, neuer Kultur- und Kommunikationstechniken und anhaltend enger Kooperation von Wis-

senschaft, Industrie und Militär verstärkten und intensivierten sich Langzeittrends wissenschaftlichen Profilwandels zu Gunsten der Natur-, Technik- und Sozialwissenschaften, zunehmend universitärer Dienstleistungsfunktionen wie wachsender industrieller und außeruniversitärer Forschungskapazitäten. Deren im Kaiserreich entstandene Infrastruktur wurde verdichtet, um- und ausgebaut.“ (S. 118) Es verwundert, dass John einen anderen Aspekt der Krisendiskussion fast ganz ausblendet: die zu Beginn und noch weit mehr am Ende der Weimarer Republik zunehmende Zahl arbeitsloser Akademiker als eines damals bereits so bezeichneten akademischen Proletariats.

Sachse und Walker skizzieren unter dem Titel „Naturwissenschaften, Krieg und Systemverbrechen“ die Arbeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) im internationalen Vergleich und fassen Ergebnisse eines mehrjährigen internationalen Forschungsprojekts zusammen, dessen Erträge inzwischen in einer 17-bändigen Buchreihe vorliegen¹, aus der Hachtmanns große Monographie zur Generalverwaltung der KWG herausragt.² Leider gehen Sachse und Walker nur knapp auf die internationale Ebene ein, wenn sie zusammenfassend festhalten: „In der Sowjetunion war wissenschaftliche Forschung längst zentral in der Akademie der Wissenschaften organisiert und stark auf die Bedürfnisse des Militärs ausgerichtet. Dennoch wurden nach Kriegsbeginn Forschungskomitees in den verschiedenen Apparaten des Staates, der Industrie und des Militärs eingerichtet, die für eine effektive Nutzung der sowjetischen Forschungspotentiale sorgen sollten. Dort übernahmen sowjetische Akademiewissenschaftler eine ähnliche Rolle wie die KWG-Wissenschaftler bei der Abstimmung wissenschaftlicher Projekte und ihrer Erfordernisse mit den Bedürfnissen der Industrie und des Militärs. In Japan schließlich scheinen weder Vernetzung noch Zentralisierung gelungen zu sein. Zwar wurden zivile Wis-

¹ Reinhard Rürup / Wolfgang Schieder (Hrsg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, 17 Bde., Göttingen 2000–2008.

² Rüdiger Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 2 Bde., Göttingen 2007.

senschaftler gelegentlich vom Militär zu Rate gezogen; im Kern aber blieb der akademische Sektor unberührt von den Erfordernissen des Krieges.“ (S. 175) Hier wäre eine genauere Darstellung der Forschungsergebnisse des Projektes wünschenswert gewesen. Überzeugend sind die Ausführungen zur Mobilisierung der Rüstungsforschung (auch in den kurzen Passagen zur Sowjetunion und zu Japan), zur Rolle von Wissenschaftlern und Wissenschaftsmanagern als politische Akteure, zum Beziehungsgeflecht von Wissenschaft und Politik in Kriegszeiten und schließlich zum Fallbeispiel der KWG. Deren Generalsekretär Ernst Telschow agierte als „Mediator“ zwischen staatlichen und Forschungsinteressen und stellte die KWG – allerdings bei einem hohen Maß an wissenschaftsinterner Autonomie – in den Dienst der Politik und Kriegführung (S. 182). Solche Untersuchungen zeigen einmal mehr den polykratischen Charakter des NS-Regimes: Die gewollte Gleichschaltung der Wissenschaften bewirkte eine Vervielfältigung an Institutionen und Überlagerung an Kompetenzen, damit auch eine Verschärfung der Rivalitäten. Telschow verstand es dabei, durch Hereinnahme von Schlüsselfiguren aus Wirtschaft und Verwaltung in verschiedene Gremien der KWG ein dichtes Interessengeflecht zu knüpfen, das ihm bei der Durchsetzung von Forderungen gegenüber dem Staat überaus dienlich war.

„Konstruierte Kontinuitäten und divergierende Neuanfänge“ in beiden Teilen Deutschlands nach 1945 beleuchtet Ash. Sowohl in Ost- wie in Westdeutschland wurden eifrig Kontinuitätslinien bemüht, um die jeweilige Neubesinnung nach 1945 wissenschaftspolitisch zu legitimieren. Das Anknüpfen an intellektuelle Traditionen der Arbeiterbewegung wie der Sowjetunion hier, an ein (niemals dominierendes) demokratisches Denken der Weimarer Republik und besonders an angelsächsische Diskurse dort, diente dazu, Spielräume gegenüber den Alliierten zu eröffnen. Ungeachtet (national-)staatlich bestimmter Entwicklungen gewann somit in beiden deutschen Gesellschaften ein an trans- und sogar übernationalen Vorbildern orientiertes Verständnis von Wissenschaft und Wissenschaftsorganisation Raum. Dennoch blieben

viele Leitbilder und der Führungsstil in den Universitäten, den Max-Planck-Instituten im Westen und den Akademie-Instituten im Osten lange von der deutschen Tradition geprägt.

Über Jarauschs Beitrag zur Transformation der Humboldt-Universität ab 1990 lässt sich sagen, was Lord Acton (selbstironisch) über Historiker des 19. Jahrhunderts schrieb: „Our Waterloo must satisfy French and English, German and Dutch alike.“ Dies ist natürlich ein Ding der Unmöglichkeit, und auch Jarausch versucht nicht die Quadratur des Kreises. Sein Aufsatz spendet den Ostdeutschen nicht gleichermaßen Trost, noch verabreicht er den Westdeutschen Bestätigungspillen. Vielmehr beschreibt er den Umbruch als harte Notwendigkeit und sieht die „Abwicklung“ nicht nur als Resultat westlicher Siegermentalität, sondern auch – und sogar zuerst – als Folge eines falschen Verständnisses von Wissenschaft, das sich in der DDR nicht nur in den Geisteswissenschaften durchgesetzt habe: Produktion und Vermittlung von Wissen war in der spezifisch ostdeutschen Form nur unter den Bedingungen der Einparteidiktatur möglich, und mit der (mehrheitlich gewollten) Beseitigung dieser Diktatur musste es verschwinden (eine Sichtweise, die auch Pasternack im Band grundsätzlich teilt, der als von der PDS bestellter Staatssekretär politische Mitverantwortung für die Neugestaltung der Forschungslandschaft in Berlin wahrnahm). Nur unter dieser Voraussetzung ist für Jarausch eine deutliche Kritik an der Form der Umwandlung und am Ausmaß der „Abwicklung“ ostdeutscher Wissenschaft legitim und notwendig. Die teilweise die politische und Wissenschaftskultur zerstörende Form der „Abwicklung“, für die Jarausch das Beispiel der Geschichtswissenschaft bemüht, ist jüngst an genau diesem Beispiel in großer Detailtreue eindrucksvoll dokumentiert worden.³ Jarauschs Feststellung, „dass die Umgestaltung der ostdeutschen Hochschulen nach 1989 trotz aller Radikalität des Personalaustauschs in rechtsstaatlichen Formen verlaufen ist“ (S. 350), muss allerdings die durch administratives Diktat verfügte Ungültigmachung von Arbeitsver-

³ Werner Röhrl, *Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR*, 2 Bde., Berlin 2011–2012.

trägen vieler DDR-Wissenschaftler entgegen gehalten werden.⁴

Innerhalb des letzten Jahrhunderts trat in Deutschland, so sei ergänzt, viermal eine besonders hohe Akademiker-Arbeitslosigkeit auf: 1913/14, 1930–33, 1967/68, 1988–91. Vor 1914 wurde diese Frage „gelöst“, als viele Jungakademiker im Ersten Weltkrieg fielen. 1933 wurden Tausende Akademiker vertrieben, und der Platz wurde für nazifreundliche „Nachrücker“ frei gemacht. 1968 erzwang die Studentenbewegung eine Reform, die neue Arbeitsplätze schuf. Nach 1990 nahmen arbeitslose Wissenschaftler aus dem Westen die Plätze der verdrängten DDR-Akademiker ein. Diese aber wurden oft aus dem Wissenschaftsbetrieb, manchmal auch von jeder vernünftig bezahlten Arbeit ausgeschlossen. So konnte das, was im Westen die Zivilgesellschaft heißt, im Osten nicht entstehen, waren doch ihre potentiellen Träger genau die gebildeten Menschen, die nun der beruflichen Dequalifizierung anheim fielen. Auch über solche Fragen, die die Ursachen einer noch immer spürbaren sozialen und mentalen Spaltung der Deutschen in Ost und West berühren, lässt sich nach der Lektüre dieses Buches sachkundiger streiten als zuvor.

HistLit 2013-1-086 / Mario Keßler über Grüttners, Michael; Hachtmann, Rüdiger; Jarausch, Konrad H.; John, Jürgen; Middell, Matthias (Hrsg.): *Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert*. Göttingen 2010, in: H-Soz-u-Kult 08.02.2013.

⁴Ingrid Matschenz / Kurt Pätzold / Erika Schwarz / Sonja Striegnitz, Dokumente gegen Legenden. Chronik und Geschichte der Abwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts für Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1996.